V-19

BVVG-Land in Ökobauer-Hand!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim)
Tagesordnungspunkt:	Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

Die grünen Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel durchzusetzen, BVVG-Flächen ausschließlich für Naturschutz und Ökolandwirtschaft zu vergeben.

Begründung

Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) untersteht dem Bundesfinanzministerium unter Minister Christian Linder. Sie verwaltet unter anderem 90.000 ha landwirtschaftliche Flächen im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Diese sind dem Bund aus dem Vermögen der ehemaligen DDR durch die Wiedervereinigung Deutschlands zugeordnet worden. Nach dem Regierungswechsel von der Großen Koalition zur Ampel wurde der Verkauf durch die BVVG gestoppt. Sie sollen nach den Zielen der Ampel ökologisch wertvoll genutzt und nicht verkauft werden. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu auf Seite 37 in dem Kapitel "Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft":

"Die BVVG-Flächen werden für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Klima- und Artenschutz genutzt. Dabei werden landwirtschaftlich genutzte Flächen vorrangig an nachhaltig bzw. ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet und nicht veräußert.(S.37 Bodenpolitik)

Es gab einen Konsens in der Regierung, 17.500 ha dem Naturschutz im Projekt „Nationales Erbe“ zuzuordnen und den Rest nur an ökologisch ausgerichtete Betriebe zu verpachten. Und so hat die BVVG begonnen, dies umzusetzen. Das haben wir sehr begrüßt. In den Ausschreibungsbedingungen der BVVG war der Nachweis der ökologischen Landwirtschaft gefordert worden.

Diese Einigung wurde nun vom Finanzminister widerrufen. Die BVVG muss auf Weisung des Ministers ihre Ausschreibungen ändern. Die Ausschreibungsbedingung des ökologischen Landbaus ist in den aktuellen Ausschreibungen entfallen. Die Vergabepraktiken der vergangenen Jahrzehnte unter dem Aspekt des Höchstbieterverfahrens haben zu massiver Bodenspekulation und Verteuerung geführt. Gerade für junge Landwirtinnen und Landwirte ist es nicht möglich bei den Geboten von Großinvestoren mitzuhalten, sie mahnen dies schon lange und auch laut an. Für den sozialen Zusammenhalt ist es daher wichtig die Bodenspekulation einzudämmen und die Vergabepraxis an rein ökologischen Kriterien auszurichten. Alles andere wäre ein weiterer Rückschlag für die nächste Generation und auch ein Bruch des Koalitionsvertrags.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (KV Ahrweiler); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Arne Bläsing (KV Ludwigslust-Parchim); Torsten Wiebke (KV Barnim); Andreas Müller (KV Essen); Claudia Schulz (KV Rostock); Christoph Oberst (KV Vorpommern-Greifswald); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Susanne Wenzlaff (KV Vorpommern-Greifswald); Steffi Kühn (KV Mecklenburgische Seenplatte); Ursula Hundrich (KV Ludwigslust-Parchim); Philipp Schmagold (KV Plön); Anja Buchmann (KV Mecklenburgische Seenplatte); Hans-Werner Lübcke (KV Ludwigslust-Parchim); Walter Plessow (KV Ludwigslust-Parchim); Julian Plessow (KV Ludwigslust-Parchim); Lutz Weidhase (KV Mecklenburgische Seenplatte); Stephan Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Anne Seinsch-Greger (KV Mecklenburgische Seenplatte); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.